

Kapitel 1

Überblick: Warum die Qualität der innerstaatlichen Rechtsetzung wichtig ist

Gesetze und sonstige Rechtsvorschriften sind wichtige Regierungsinstrumente zur Förderung des Wohlergehens und des Wirtschaftswachstums. In den letzten 30 Jahren haben die Regierungen schrittweise die für eine Qualitätssicherung erforderlichen regulierungspolitischen Disziplinen und Instrumente entwickelt. Die Rechtsetzung selbst ist jedoch schwieriger geworden, da die Regierungen immer besser verstanden haben, was Regulierungsqualität bedeutet. Der immer schneller werdende technologische Wandel und die fortschreitende Globalisierung stellen die nationalen Regulierungsinstanzen vor erhebliche Herausforderungen. Dieses Kapitel beschäftigt sich mit den wichtigsten Entwicklungen auf dem Gebiet der Regulierungspolitik und Governance und verweist auf einige der damit verbundenen Herausforderungen und Chancen. Dies bildet die Grundlage für die folgenden Kapitel des OECD-Ausblicks Regulierungspolitik, in denen die systematische Anwendung ausgewählter nationaler Regulierungsansätze eingehend untersucht wird.

Die statistischen Daten für Israel wurden von den zuständigen israelischen Stellen bereitgestellt, die für sie verantwortlich zeichnen. Die Verwendung dieser Daten durch die OECD erfolgt unbeschadet des Status der Golanhöhen, von Ost-Jerusalem und der israelischen Siedlungen im Westjordanland gemäß internationalem Recht.

Die Rechtsetzung ist ein wichtiges Instrument der Politikgestaltung zur Förderung des Wohlergehens und der Wirtschaftsleistung

Die Rechtsetzung betrifft alle Geschäfts- und Lebensbereiche. Dies zeigt sich jeden Tag: Wenn wir frühstücken, ohne die Qualität der Lebensmittel in Frage zu stellen, wenn wir den öffentlichen Verkehr oder das eigene Auto benutzen, um unsere Kinder in die Schule zu bringen, wenn wir uns am Arbeitsplatz sicher fühlen, wenn wir zum Arzt gehen und uns medizinisch untersuchen lassen. Die Regeln, die unsere Sicherheit und unseren Lebensstil bestimmen, werden gewöhnlich für selbstverständlich gehalten und sind doch so wichtig.

Gesetze und sonstige Rechtsvorschriften werden von Regierungen und gesetzgebenden Organen verabschiedet, um Verbraucher, Arbeitnehmer, die Umwelt und dergleichen zu schützen. Es handelt sich jedoch um einen Bereich, in dem „zu wenig“ genauso schädlich sein kann wie „zu viel“. Wenn Regeln zu eng gefasst, schlecht konzipiert, redundant oder inkohärent sind, können sie es schwer machen, ein neues Unternehmen zu gründen, Außenhandel zu betreiben oder grundlegende Verwaltungsverfahren einzuhalten, wie beispielsweise zu heiraten, einen Pass zu verlängern oder die Geburt eines Kindes anzuzeigen. Zu komplizierte Vorschriften, fehlende Transparenz bei der Rechtsetzung und eine ineffiziente oder unsachgemäße Durchsetzung können ein Ärgernis darstellen oder auch schlimmere Folgen haben. Unausgewogene oder unverhältnismäßige Rechtsvorschriften können die Organisationsleistung beeinträchtigen, den Ermessensspielraum der Verwaltung bei der Entscheidungsfindung oder der Durchsetzung von Regeln zu weit ausdehnen und sogar zu Korruption führen.

Schlimmer noch, unzulängliche Regeln können ihr Ziel, uns zu schützen, verfehlen, was dazu führt, dass wir das Vertrauen in unsere Institutionen und sogar in die Regierung selbst verlieren. Wir werden uns der Bedeutung von Regeln normalerweise erst dann bewusst, wenn sie nicht funktionieren, entweder, weil sie lückenhaft oder schlecht konzipiert sind oder weil sie unzureichend durchgesetzt werden. Und in diesem Fall stehen sie dann auch in den Schlagzeilen (Kasten 1.1).

Kasten 1.1 Regulierungsversagen in den Nachrichten

Finanzkrise von 2008: Regulierungsbehörden am Steuer eingeschlafen (The Economist, 7. September 2013) – „Fehlentwicklungen im Finanzsektor waren entscheidend für den Zusammenbruch. Die Banker waren aber nicht die einzigen Schuldigen. Zentralbanken und Regulierungsbehörden tragen ebenfalls Verantwortung für das schlechte Krisenmanagement, die unzureichende Kontrolle der wirtschaftlichen Ungleichgewichte und die fehlende Aufsicht über die Finanzinstitute (...)“.

Quelle: www.economist.com/news/schoolsbrief/21584534-effects-financial-crisis-are-still-being-felt-five-years-article.

Rückblick auf die Wasserkrise in Flint, Michigan: „Um Geld zu sparen, hatte die Stadt Flint im Bundesstaat Michigan vor mehr als drei Jahren ihre Wasserversorgung umgestellt und damit eine vom Menschen verursachte öffentliche Gesundheitskrise ausgelöst, die der Regierung von Michigan unter Gouverneur Rick Snyder eine Untersuchung und mehreren Staatsbediensteten eine Strafanzeige einbrachte. Die schwerwiegendsten Anschuldigungen wurden gegen den Leiter der Gesundheitsbehörde von Michigan und vier andere Bedienstete vorgebracht, gegen die am Mittwoch Anklage wegen fahrlässiger Tötung erhoben wurde“.

Quelle: www.usnews.com/news/best-states/michigan/articles/2017-06-14/a-timeline-of-the-water-crisis-in-flint-michigan.

(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung)

Dieselgate in Europa: Wie Beamte jahrelang Tatsachen über Emissionen ignorierten: „Als die amerikanischen Behörden bekanntgaben, dass Volkswagen Software benutzte, um die Abgastests zu manipulieren, löste dies landesweit Empörung aus. Dokumente, die dem SPIEGEL vorliegen, zeigen, dass europäische Beamte seit Jahren über den Betrug Bescheid wussten – aber nichts dagegen unternommen haben“.

www.spiegel.de/international/business/volkswagen-how-officials-ignored-years-of-emissions-evidence-a-1108325.html.

Der Facebook-Skandal: „Kehrtwende“ im Datenschutz (Bloomberg, 8. April 2018) – „Meldungen, dass Daten von bis zu 87 Millionen Facebook-Nutzern und ihren Freunden möglicherweise zweckentfremdet wurden, führten zu einer Kehrtwende im Datenschutz, denn Regulierungsstellen versuchen nun, das Bewusstsein für die Bedeutung der Informationssicherheit zu schärfen“.

Quelle: www.bloomberg.com/news/articles/2018-04-07/facebook-scandal-a-game-changer-in-data-privacy-regulation.

Gesetze und sonstige Rechtsvorschriften können als belastend und mangelhaft wahrgenommen werden

Gesetze und sonstige Rechtsvorschriften sind wichtig, haben jedoch auch ihren Preis. Sie sollen Nutzen bringen und Ziele erreichen, gehen jedoch auch mit Auflagen für das Verhalten und folglich mit einem gewissen Aufwand einher. Hierzu gehört der Aufwand, der mit der Festlegung einer Vorgabe verbunden ist, darunter der bei der Ausgestaltung und Durchsetzung von den Behörden zu leistende Aufwand sowie der Erfüllungsaufwand, der bei Unternehmen, Verbrauchern, staatlichen Behörden und anderen Gruppen anfallen kann (OECD, 2014_[1]). Viele betroffene Akteure, insbesondere Unternehmen, klagen zunehmend über die mit Gesetzen und sonstigen Rechtsvorschriften verbundenen Belastungen. Verschiedene Institutionen haben begonnen, die mit der Einhaltung von Gesetzen und sonstigen Rechtsvorschriften verbundenen Verwaltungskosten zu überprüfen und zu berechnen¹.

Da eine inflationäre Rechtsetzung zunehmend als schädlich für die Wirtschaftstätigkeit wahrgenommen wird, versuchen die meisten OECD-Länder inzwischen, den Regulierungsaufwand insgesamt in den Griff zu bekommen. In den 1990er Jahren entwickelten die Niederlande das Standardkostenmodell, eine Methode zur monetären Quantifizierung des Verwaltungsaufwands, und die staatlichen Stellen verpflichteten sich, den Verwaltungsaufwand innerhalb von fünf Jahren um 25% zu senken. Die meisten europäischen Regierungen, angefangen bei Dänemark, dem Vereinigten Königreich und der Tschechischen Republik, folgten diesem Beispiel. Andere Länder wählten einen etwas anderen Ansatz und führten eine Obergrenze für den Verwaltungsaufwand, ein Nullwachstum für den Verwaltungs- bzw. Regulierungsaufwand oder Moratorien ein. Seit fünf Jahren gleichen viele Länder Neuregelungen durch den Abbau bestehender Vorschriften aus bzw. haben eine Variante der 2011 erstmalig im Vereinigten Königreich eingeführten „One in one out“-Regel übernommen, darunter Kanada, Deutschland, Korea, die Vereinigten Staaten, Mexiko und Frankreich (OECD, erscheint demnächst_[2]). Die Regierungen haben einige Erfolge und positive Auswirkungen dieser Strategien verzeichnet (Kasten 1.2).

Kasten 1.2 Beispiele für Bürokratieabbaustrategien

In Belgien haben Reformen im Zeitraum 2008-2014 für die Bürger und Unternehmen zu einer Verringerung der Verwaltungskosten in Höhe von 1,25 Mrd. EUR geführt (wobei rd. 65% dieser Einsparungen auf Unternehmen und 35% auf die Bürger entfielen).

Quelle: www.simplification.be.

In Deutschland wurde der Erfüllungsaufwand für Unternehmen, Bürger und Verwaltung durch eine Regulierungsreform in mehreren Bereichen verringert. Eine Änderung des Sozialgesetzbuchs im Jahr 2014 hat den jährlichen Erfüllungsaufwand um 126,8 Mio. EUR gesenkt. Durch eine Vereinfachung der elektronischen Rechnungsstellung wurde der jährliche Verwaltungsaufwand für Unternehmen 2011 im Vergleich zu 2006 (gemessen am 1. Januar 2012) um rd. 3,3 Mrd. EUR reduziert. Weitere Schlüsselemente der Reformen brachten einen volkswirtschaftlichen Nutzen in Höhe von rd. 1,45 Mrd. EUR pro Jahr durch kürzere Aufbewahrungspflichten nach Handels-, Steuer- und Sozialversicherungsrecht (600 Mio. EUR), E-Government-Aktivitäten (350 Mio. EUR), eine Harmonisierung der Anforderungen an die Finanz- und Lohnbuchhaltung (300 Mio. EUR) sowie die fortgeschrittene elektronische Signatur für Unternehmen (100 Mio. EUR).

Quelle: Bundesregierung (2015^[3]), "Bessere Rechtsetzung 2014: Amtlich – einfach – spürbar", www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/Buerokratieabbau/Anlagen/2015-04-23-jahresbericht-2014.pdf?__blob=publicationFile&v=4; Bundesregierung (2012^[4]), "Grundstein für besseres Recht: Fünf Jahre Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung", www.bundesregierung.de/Content/Infomaterial/BPA/BeauftrBuerokratieabbau/Jahresbericht_2011_grundstein_fuer_besseres_recht.pdf?__blob=publicationFile&v=3.

Im Februar 2014 ermittelte die griechische Regierung in Zusammenarbeit mit der OECD Verwaltungskosten in Höhe von insgesamt 4,08 Mrd. EUR in 13 Politikbereichen. Mehr als drei Viertel des ermittelten Aufwands entfielen auf drei Hauptbereiche: Mehrwertsteuerverwaltung, Gesellschaftsrecht und Jahresberichte sowie öffentliches Beschaffungswesen. Der Bürokratieabbau wurde erreicht durch 1. eine Bereinigung des Mehrwertsteuerregisters und die Abschaffung der Mehrwertsteuererklärung für Unternehmen mit einem Umsatz von null (226 Mio. EUR), 2. die Einführung einer Umsatzschwelle in Höhe von 10 000 EUR für Mikrounternehmen, damit die kleinsten Unternehmen entscheiden können, ob der mit der Mehrwertsteuererhebung verbundene Verwaltungsaufwand den entstehenden Geschäftsvorteil überwiegt (136 Mio. EUR) und 3. die Abschaffung der zweifachen und damit kostspieligen Offenlegung von Jahresberichten und ereignisbezogenen Mitteilungen der Unternehmen sowie die Veröffentlichung der Regelungen im Internet (60 Mio. EUR).

Quelle: (OECD, 2014^[11]), *OECD Regulatory Compliance Cost Assessment Guidance*, OECD Publishing, Paris, <http://dx.doi.org/10.1787/9789264209657-en>.

Im Vereinigten Königreich hat der Bürokratieabbau (*war on red tape*) im Zeitraum 2010-2015 in der Wirtschaft zu Einsparungen in Höhe von schätzungsweise 10 Mrd. GBP geführt, indem unnötige Regelungen abgeschafft wurden, wozu folgende Beispiele gehören:

- Für Livemusik-Veranstaltungen in Kneipen und Gemeindesälen ist zwischen 8 Uhr und 23 Uhr keine Lizenz mehr erforderlich.
- Es ist keine Straftat mehr, die Behörden nicht über die Anwesenheit eines Grauhörnchens auf seinem Grund und Boden zu unterrichten.
- Kinderbetreuer, die Kinder in ihrer Obhut füttern, sind nicht länger verpflichtet, sich als Lebensmittelunternehmer anzumelden.
- Das Alter, ab dem Knallbonbons legal gekauft werden können, wurde von 16 auf 12 Jahre gesenkt.
- Busunternehmen sind nicht länger verpflichtet, Gegenstände, darunter von den Fahrgästen zurückgelassene verfaulende Lebensmittel, wenigstens 48 Stunden aufzubewahren und können stattdessen selbst entscheiden, welche Gegenstände abgeholt werden können.
- Viehtransporte müssen nicht länger umständlich papiergestützt erfasst werden, sondern werden heute online nachverfolgt, was den Landwirten die Arbeit erleichtert.

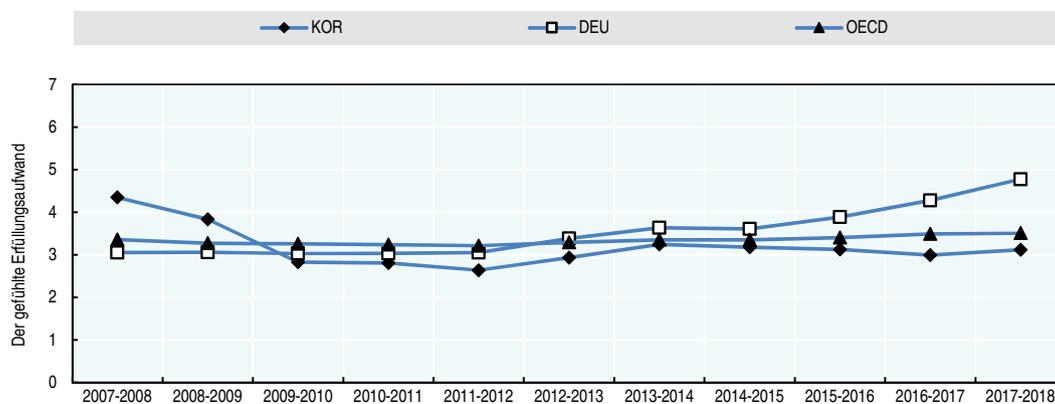
Quelle: GOV.UK (2014^[5]), "Hancock: red tape drive saves business a record £10 billion", www.gov.uk/government/news/hancock-red-tape-drive-saves-business-a-record-10-billion.

Wie der Regulierungsaufwand wahrgenommen wird, hat sich allerdings trotz der staatlichen Anstrengungen nicht wesentlich verändert. So zeigen die Ergebnisse des *Executive Opinion Survey* des Weltwirtschaftsforums beispielsweise, dass sich die Wahrnehmung des Regulierungsaufwands in der Wirtschaft in den letzten zehn Jahren trotz einiger Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern insgesamt nicht verändert hat (Abb. 1.1). Die Einschätzung der Wirtschaft hat sich in Deutschland am deutlichsten verbessert (um 1,7 Punkte) und in Korea am deutlichsten verschlechtert (um 1,2 Punkte). Im Vereinigten Königreich ist der Anteil der Unternehmen, die trotz der Red Tape Challenge der Auffassung sind, dass die Einhaltung der Rechtsvorschriften ihre größte Herausforderung darstellt, und die erwarten, dass der Regulierungsaufwand im nächsten Jahr noch zunehmen wird, seit 2014 gestiegen (GOV.UK, 2016_[6]).

Systematische Erhebungen über die Meinung der Bürger zur Regulierungsqualität und zum Erfüllungsaufwand gibt es seltener. Allgemein bevorzugen die Bürger ebenso wie die Unternehmen einfachere Verfahren und weniger Formalitäten. Zugleich sind sich die Normadressaten des Nutzens der Rechtsetzung häufig nicht bewusst, da dieser oft nicht scharf umrissen ist, während die Kosten von bestimmten Gruppen unmittelbar getragen werden (OECD, 2012_[8]). Die Bürger haben in den meisten Ländern von Vereinfachungsmaßnahmen profitiert. Vor allem die Digitalisierung hat das Leben der Bürger vereinfacht, z.B. in Bezug auf Steuern, Heirat, Visa, Pässe und Wahlen. Initiativen wie die in Frankreich und Deutschland durchgeführten Lebenslagenbefragungen (OECD, 2016_[9]) haben dazu beigetragen, Problemsituationen zu ermitteln, die den Bürgern Kosten verursachen, und die staatlichen Maßnahmen darauf zu konzentrieren, Abhilfe zu schaffen.

Es hat insgesamt den Anschein, dass die Zufriedenheit der Bürger mit staatlichen Dienstleistungen – teilweise aufgrund der Regulierungsqualität – in einigen Ländern zunimmt. In Frankreich ist die Einschätzung der Qualität der öffentlichen Verwaltung zwischen 2010 und 2016 auf einer Skala von 0-10 von 5,4 auf 7,2 Punkte gestiegen (Le Portail de la modernisation de l'action public, 2016_[10]). In Deutschland bewerteten die Bürger ihre Zufriedenheit mit behördlichen Dienstleistungen 2015 auf einer Skala von +2 (sehr zufrieden) bis -2 (sehr unzufrieden) mit 1,06².

Abbildung 1.1 Die Entwicklung des gefühlten Erfüllungsaufwands



Anmerkung: Die Ergebnisse basieren auf der Frage: „Wie aufwendig ist es für Ihr Unternehmen, in Ihrem Land die staatlichen Verwaltungsvorgaben (z.B. Genehmigungen, Rechtsvorschriften, Berichtspflichten) zu erfüllen? [1 = sehr aufwendig; 7 = gar nicht aufwendig]“.

Quelle: Browne et al. (2016_[7]), „The Executive Opinion Survey: The Voice of the Business Community“, The Global Competitiveness Report 2016–2017, Weltwirtschaftsforum, Genf, <http://reports.weforum.org/global-competitiveness-index-2017-2018/appendix-c-the-executive-opinion-survey-the-voice-of-the-business-community/>.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933813932>

Die Wahrnehmung der Rechtsetzung hängt allerdings von vielen verschiedenen Aspekten wie Alter und Bildungsniveau ab. Eine 2017 vom Pew Centre in den Vereinigten Staaten durchgeführte Studie über die Einstellungen zur Regulierung (der Finanzmärkte) zeigt, dass jüngere Menschen und Personen mit höherem Bildungsniveau der Auffassung sind, dass die Regulierung nicht weit genug geht, während ältere Menschen und Personen mit niedrigerem Bildungsniveau (Personen, die am meisten von den Schutzvorkehrungen profitieren) die Meinung vertreten, dass es zu viel Regulierung gibt (Smith, 2017^[11]). Allgemein stellt das Edelman Trust Barometer 2016 eine zunehmende einkommensabhängige Disparität beim Vertrauen in öffentliche Institutionen fest, wobei Personen mit hohem Einkommen ein höheres Maß an Vertrauen in den Staat angeben (im Durchschnitt 10% höher)³.

Die Anforderungen an die Rechtsetzung sind in der Tat vielfältig und widersprüchlich, wobei einerseits ein besserer Schutz und andererseits niedrigere Kosten und weniger Einmischung verlangt werden, eine Tatsache, die Professor Malcom Sparrow im Jahr 2000 anschaulich beschrieben hat:

„Die Regulierungsbehörden stehen unter Druck wie nie zuvor und sind mit mehreren Forderungen konfrontiert, die häufig widersprüchlich sind: sich weniger einmischen – aber effektiver sein; höflicher und rücksichtsvoller sein – aber niemanden ungestraft davonkommen lassen; gezielt vorgehen – aber konsequent sein; die Bearbeitung beschleunigen – und beim nächsten Mal sorgfältiger sein; wichtige Themen erfassen – aber die amtlichen Befugnisse nicht überschreiten; stärker auf die Normadressaten eingehen – aber nicht von der Wirtschaft vereinnahmt werden“ (Sparrow, 2000, S. 17^[12]).

Die Rechtsetzung wird trotz der hohen Erwartungen nach wie vor zu wenig überprüft

Die Regulierungsqualität (Kasten 1.3) erhält trotz überzeugender Argumente – Nutzen guter Rechtsetzung einerseits und schwerwiegende Folgen schlechter Rechtsetzung andererseits – von den Regierungen immer noch nicht die Aufmerksamkeit, die sie verdient. Regulierungspolitik und Governance werden nach wie vor als eher technische und weniger lohnende Bereiche der Politikgestaltung angesehen und erhalten weiterhin weniger Aufmerksamkeit von Politikern und Medien als die Haushalts- oder Steuerpolitik.

Die Qualität von Vorschriften wird viel weniger überprüft als Haushaltsverfahren, das Ausgabenverhalten der öffentlichen Hand oder die Steuerpolitik. Die professionelle parlamentarische Kontrolle des Haushalts ist beispielsweise in den meisten OECD-Ländern stark institutionalisiert. Im Gegensatz dazu hat nur eine Handvoll Länder spezielle Fachreferate in den Parlamenten eingerichtet, um die Qualität der Gesetzgebung zu überwachen. Aufgrund dieses Defizits wird von der Wissenschaft mehr „wissenschaftliche Präzision“ bei der Ausgestaltung von Gesetzen und sonstigen Rechtsvorschriften gefordert. Vgl. beispielsweise (Coglianese und Rubin, 2018^[13]).

Die Förderung der Qualität der Rechtsetzung ist angesichts der Herausforderungen entscheidend

Regulierungspolitik und Governance sind nicht nur wichtig für eine bessere Rechtsetzung, sondern tragen auch dazu bei, das Bewusstsein für ihren Wert und ihre Bedeutung für das tägliche Leben von Unternehmen und Bürgern zu schärfen. So zeigen (Lind und Arndt, 2016^[16]) beispielsweise, dass eine sorgfältige Ausgestaltung der Rechtsetzung dazu beitragen kann, dass Regelungen und Verfahren als gerecht wahrgenommen werden. Die Einstellung

Kasten 1.3 Was versteht man unter Regulierungsqualität?

Bei der „Regulierungsqualität“ geht es darum, die Leistung, Kostenwirksamkeit und Rechtsqualität von Rechtsvorschriften und Verwaltungsformalitäten zu erhöhen. Erstens bezieht sich der Begriff der Regulierungsqualität auf Verfahren, d.h. die Art und Weise, wie Rechtsvorschriften gestaltet und durchgesetzt werden. Diese Verfahren sollten mit den Grundsätzen Beteiligung, Transparenz, Rechenschaftslegung und Faktenbezug in Einklang stehen. Zweitens bezieht sich das Konzept der Regulierungsqualität auch auf die Ergebnisse, d.h. ob die Rechtsvorschriften effektiv, effizient, kohärent und einfach sind. In der Praxis sollten Gesetze und Rechtsvorschriften:

1. klar identifizierten Politikzielen dienen und diese Ziele effektiv erreichen
2. für die Anwender klar, einfach und praktisch sein
3. auf einer soliden rechtlichen und empirischen Grundlage fußen
4. mit anderen Rechtsvorschriften und Maßnahmen in Einklang stehen
5. Vorteile erbringen, die im Hinblick auf den gesellschaftlichen Nutzen und unter Berücksichtigung der ökonomischen, ökologischen und sozialen Effekte die Kosten rechtfertigen
6. auf faire, transparente und verhältnismäßige Weise umgesetzt werden
7. Kosten und Marktverzerrungen auf ein Mindestmaß reduzieren
8. Innovationen durch Marktanreize und zielorientierte Konzepte fördern und
9. so weit wie möglich auf nationaler und internationaler Ebene mit Wettbewerbs-, Handels- und investitionserleichternden Grundsätzen in Einklang stehen.

Quelle: OECD (2015^[14]), *OECD-Ausblick Regulierungspolitik 2015*, OECD Publishing, Paris, auf der Basis von OECD (1995^[15]), *OECD Recommendation on Improving the Quality of Government Regulation*, OECD, Paris, <https://legalinstruments.oecd.org/en/instruments/128>.

gegenüber Gesetzen und Regeln sowie die Einhaltung beschlossener Regelungen werden von den Erfahrungen der Bürger und ihrer Wahrnehmung des Regulierungsprozesses häufig genauso stark beeinflusst wie von dessen Ergebnissen (Mazerolle et al., 2012^[17]); (Van den Bos, Van der Velden und Lind, 2014^[18]). Der Zusammenhang zwischen Ergebnissen, dem Gerechtigkeitsempfinden hinsichtlich des Prozesses und der Akzeptanz von Regeln und Entscheidungen hat in Zeiten eines zunehmenden Misstrauens gegenüber Institutionen eine noch größere Bedeutung.

Es gibt viele Fälle, in denen Länder dank regulierungspolitischer Instrumente einen erheblichen Bürokratieabbau für Unternehmen und Bürger erreicht haben. Wenn Unternehmen und Bürger spürbare Ergebnisse sehen, lohnen sich Investitionen in bessere Rechtsetzung. Das zeigen folgende Beispiele:

- Die niederländische Regierung erzielte zwischen 2012 und 2017 eine Verringerung des Regulierungsaufwands für Unternehmen, Bürger und Selbstständige in Höhe von 2,48 Mrd. EUR (Government of the Netherlands, 2017^[19]). Die Maßnahmen umfassten vereinfachte Buchführungs- und Berichtspflichten für kleine und mittlere Unternehmen, ein neues Online-Tool, das maßgeschneiderte Datenschutzerklärungen für Unternehmen generiert, und die Entwicklung einer App, die Arbeitnehmer darin schult, die Notfallpläne ihres Unternehmens zu befolgen.
- Im März 2016 veröffentlichten die Bundesbehörden der Vereinigten Staaten ihre ersten Berichte mit Schätzungen über die Auswirkungen der im Rahmen von Präsidialerlass 13563 durchgeführten Bereinigung, Überprüfung und Abschaffung vieler bestehender Vorschriften. Die US-Behörden schätzten ihre Einsparungen für Unternehmen und nach-

geordnete Gebietskörperschaften über einen Zeitraum von fünf Jahren auf 28 Mrd. USD (Shelanski, 2016_[20]).

- Das REFIT-Programm der Europäischen Kommission hat zu einer Reihe von Kosteneinsparinitiativen geführt: Dazu gehören ehrgeizigere Ziele für Abfallvermeidung und Recycling, die Einsparungen in Höhe von 1,3 Mrd. EUR pro Jahr bringen sollen; eine zentrale Anlaufstelle, bei der Unternehmen ihre Mehrwertsteuererklärung in dem Mitgliedstaat abgeben können, in dem sie niedergelassen sind, wodurch der Erfüllungsaufwand der Unternehmen um 2,3 Mrd. EUR pro Jahr reduziert wird; ein zentrales digitales Zugangstor (Single Digital Gateway), mit dem Unternehmen mehr als 11 Mrd. EUR pro Jahr einsparen könnten, sowie revidierte Rechtsvorschriften über Tierarzneimittel, die Kosten um schätzungsweise 145 Mio. EUR senken (Europäische Kommission, 2017_[21]).

Regulierungspolitik trägt entscheidend zu einem Umfeld bei, das Investitionen und folglich Wirtschaftswachstum und Innovationen fördert. So berücksichtigen Ratingagenturen beispielsweise die Qualität des Regulierungsrahmens als eine der Schlüsselvariablen bei der Beurteilung und Erstellung der Kreditprofile von regulierten Versorgungsunternehmen. Vgl. beispielsweise (Moody's Investors Service, 2013_[22]). In einigen Ländern kann die Regulierungsqualität und -stabilität mehr als ein Drittel der Ratingmethode ausmachen: Ein guter und stabiler Rahmen schlägt sich direkt in einer höheren Kreditwürdigkeit, niedrigeren Finanzierungskosten und potenziell höheren Investitionen nieder.

Der in der Literatur aufgeführte Zusammenhang zwischen Ordnungsrahmen und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit sollte aber dennoch aktualisiert und weiter untersucht werden (Kasten 1.4). Es sind weitere Arbeiten erforderlich, um den Zusammenhang zwischen den verschiedenen Dimensionen der Regulierungsqualität, ihrer Umsetzung in verschiedenen Sektoren und Ländern und ihren Auswirkungen auf die Ergebnisse der Sektoren, die Wirtschaftsleistung und das Wohlergehen besser zu verstehen.

Kasten 1.4 **Erste Erkenntnisse über den Zusammenhang zwischen Regulierungsqualität und Wirtschaftsleistung**

- OECD (2014_[23]) bietet einen Rahmen für die Evaluierung der Regulierungspolitik, darunter konkrete Konzepte und Leistungsindikatoren für Inputs, Outputs und Ergebnisse der Regulierungspolitik. Darin wird zwar festgestellt, dass der Nachweis eines kausalen Zusammenhangs zwischen Regulierungspolitik und Politikergebnissen nach wie vor der „heilige Gral“ der Leistungsevaluierung ist; die Umsetzung des Rahmens könnte jedoch auch ein Schritt sein, um die Anwendung der Regulierungspolitik in der Praxis zu messen und damit letztendlich Regulierungsziele zu erreichen.
- Parker und Kirkpatrick (2012_[24]) untersuchen die quantitativen Auswirkungen der Regulierungspolitik auf die wirtschaftlichen Ergebnisse. Das Ergebnis der Untersuchung scheint zu bestätigen, dass eine schlecht konzipierte Rechtsetzung die Wirtschaftstätigkeit bremsen und letztlich das Wirtschaftswachstum reduzieren kann und dass der regulatorische und institutionelle Rahmen eines Lands die schädlichen Effekte abschwächen können. Die Autoren verweisen außerdem auf erhebliche methodische Probleme und stellen fest, dass zu wenig robuste quantitative Daten zu den wirtschaftlichen Auswirkungen der Regulierungspolitik vorliegen. Sie weisen ferner darauf hin, dass die vorliegenden Studien den Schwerpunkt auf die Kosten der Rechtsetzung legen, während nur wenige Versuche unternommen werden, den Nutzen der Rechtsetzung zu quantifizieren.
- Bouis und Murin (2011_[25]) stellen fest, dass regulatorische Hindernisse für unternehmerische Initiative, explizite Handelshemmnisse und insbesondere der Schutz von Patentrechten offenbar die langfristige

(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung)

gen länderübergreifenden Unterschiede in der technologischen Entwicklung wesentlich bestimmen. Einige andere Politiken und Institutionen wie Handelsliberalisierung beschleunigen dagegen die technologische Konvergenz.

- Jacobzone et al. (2010^[26]) stellen fest, dass ein besseres Regulierungsmanagement erhebliche wirtschaftliche Vorteile in Form einer Zunahme des BIP und der Arbeitsproduktivität im Unternehmenssektor mit sich bringt.
- Von Djankov, McLiesh und Ramalho (2006^[27]) herangezogene Messungen der Regulierung des Unternehmenssektors in 135 Ländern zeigen, dass eine Verbesserung vom schlechtesten Quartil der Unternehmensregulierung zu den besten Ergebnissen einen Anstieg des jährlichen Wachstums um 2,3% zur Folge hat.
- Kaufmann et al. (2005^[28]) konzentrieren sich stärker auf Governancefragen und berechnen einen Index, der rd. 200 Länder erfasst und für sechs Zweijahreszeiträume (1996-2004) ermittelt wurde. Sie weisen auf eine starke Korrelation zwischen Einkommen und Governance und sprechen sich dagegen aus, der Qualität der Governance in Niedrigeinkommensländern weniger Bedeutung beizumessen.
- Hall und Jones (1999^[29]) stellen fest, dass die Unterschiede in Bezug auf Kapitalakkumulation, Produktivität und Produktion je Arbeitskraft in 127 Ländern auf Unterschiede im institutionellen und ordnungspolitischen Rahmen zurückzuführen sind.

Quelle: OECD (2014^[23]), *OECD Framework for Regulatory Policy Evaluation*, OECD Publishing, Paris, <http://dx.doi.org/10.1787/9789264214453-en>; www.oecd.org/gov/regulatory-policy/publications-mrp.htm; Bouis und Murin (2011^[25]) "The Policy and Institutional Drivers of Economic Growth Across OECD and Non-OECD Economies: New Evidence from Growth Regressions", *OECD Economics Department Working Papers*, No. 843, OECD Publishing, <http://dx.doi.org/10.1787/5kghwnhxwkhj-en>; Jacobzone et al. (2010^[26]), "Assessing the Impact of Regulatory Management Systems: Preliminary Statistical and Econometric Estimates", *OECD Working Papers on Public Governance*, No. 17, <http://dx.doi.org/10.1787/5kmfq1pch36h-en>; Djankov, McLiesh und Ramalho (2006^[27]), "Regulation and Growth", *SSRN Electronic Journal*, <http://dx.doi.org/10.2139/ssrn.893321>; Kaufmann et al. (2005^[28]), "Governance Matters IV: Governance Indicators for 1996-2004", www.worldbank.org/wbi/governance/govdata/; Hall und Jones (1999^[29]), "Why Do Some Countries Produce So Much More Output per Worker than Others?", *The Quarterly Journal of Economics*, Vol. 114/1, S. 83-116; OECD (2011^[30]), *Regulatory Policy und Governance: Supporting Economic Growth und Serving the Public Interest*, OECD Publishing, Paris, <http://dx.doi.org/10.1787/9789264116573-en>.

Bedeutungszuwachs der Regulierungspolitik aufgrund der transformativen und disruptiven Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft

Die Rechtsetzung kann in „normalen Zeiten“ bereits überaus schwierig sein. Angesichts des immer schneller werdenden transformativen technologischen Wandels sind die staatlichen Stellen in vielen regulierten Bereichen mit einer wachsenden Komplexität und Unsicherheit konfrontiert. Transformative Technologien sind Innovationen, die Fortschritte in der Rechenleistung, Vernetzung, Mobilität und Datenspeicherkapazität nutzen, um einen etablierten Markt grundlegend – d.h. „disruptiv“ – zu verändern. Sie bieten gleichzeitig mögliche wirtschaftliche Vorteile, ein höheres Produktivitätswachstum und Verbesserungen im Lebensstandard, indem sie noch offene Verbraucherwünsche erfüllen. Diese Technologien und Geschäftsplattformen können jedoch auch erhebliche Risiken und regulatorische Herausforderungen mit sich bringen. Dazu gehört, die sozialen, beschäftigungsbezogenen und sonstigen Auswirkungen der digitalen Wirtschaft, die in mehreren Sektoren festzustellenden Fortschritte und Folgen der künstlichen Intelligenz und Robotertechnik und die mit der Stammzellentechnologie und anderen Bereichen der Gentechnik verbundenen ethischen Fragen anzugehen.

Angesichts des hohen Gewinn- und Verlustpotenzials müssen die Regierungen einen Weg finden, die Einführung innovativer Technologien zu fördern und zugleich die damit verbundenen Risiken zu steuern oder zu mindern. Einerseits müssen sie umsichtig Regelungen einführen, die potenziell schädliche wirtschaftliche und soziale Auswirkungen disruptiver technologischer Veränderungen mindern oder Schutz davor bieten. Andererseits sollten

die regulatorischen Vorgaben die Innovationstätigkeit nicht ungebührlich einschränken. Dieser Zielkonflikt wird durch die Tatsache erschwert, dass disruptive Technologien die Trennungslinien zwischen Verbrauchern und Produzenten sowie zwischen den einzelnen Regulierungsbereichen zunehmend verwischen und dadurch gezielte Maßnahmen noch schwieriger machen. Eine weitere Schwierigkeit, vor der viele Regulierungsinstanzen stehen, ist die Frage, ob sie das Mandat besitzen, die betreffende Frage anzugehen, oder ob der Staat einen grundlegenden Politikwandel herbeiführen sollte.

Die Regierungen verfolgen verschiedene Ansätze, um flexible Regelungen zu erarbeiten, die neutral und verhältnismäßig sind und sowohl die Innovationstätigkeit fördern als auch die Risiken mindern. Die Palette reicht von einschneidenden Vorgaben, die die Entwicklung oder Einführung neuer Technologien ausdrücklich verhindern, bis zu gemäßigteren Maßnahmen wie der Einführung befristeter regulatorischer Ausnahmen („regulatorischer Sandkasten“) für innovative Neuanbieter, die übergreifende Regulierungsziele wie Verbraucherschutz beibehalten. Angesichts des raschen technischen Fortschritts nehmen die Regulierungsinstanzen in vielen Sektoren und Märkten eine abwartende Haltung ein, um beurteilen zu können, welche der wahrgenommenen Risiken tatsächlich eintreten. In einigen seltenen Fällen haben die staatlichen Stellen disruptive Veränderungen genutzt, um Märkte zu reformieren, in denen die bestehenden Regelungen aufwendig oder irrelevant waren und Regulierungsreformen keinen Erfolg hatten.

Die neuen Technologien bieten den Verbrauchern bessere Informationsmöglichkeiten als herkömmliche Quellen. Dies kann letztlich zu einer Reduzierung der Informationsasymmetrie und des Regulierungsbedarfs zum Schutz der Verbraucher führen. Dafür sind jedoch Regelwerke erforderlich, um die Informationsintegrität zu sichern, die Qualitäts- und Sicherheitsstandards einzuhalten, den Schutz der Privatsphäre zu garantieren und mögliche negative Auswirkungen auf die Gesellschaft anzugehen. Die Veränderungen in den Beschäftigungsverhältnissen rücken die Regulierung der Arbeitsplätze und die bestehenden Unterstützungsmaßnahmen in den Blickpunkt und werfen die Frage auf, wie sichergestellt werden kann, dass die Arbeitskräfte angemessen ausgebildet werden, um die neuen Chancen nutzen zu können. Wenn Einschränkungen für neue Technologien erwogen werden, muss geprüft werden, ob die Restriktionen für die öffentliche Sicherheit oder das öffentliche Interesse von entscheidender Bedeutung sind, ob sie reale oder wahrgenommene Risiken widerspiegeln und durch welche Optionen die gewünschten Ergebnisse am besten erzielt werden können.

Dieses disruptive Umfeld ist ein weiterer Grund für einen systematischeren Einsatz der Prinzipien und Instrumente guter Rechtsetzung und Regierungsführung. Regulierungsinstrumente wie Gesetzesfolgenabschätzung (GFA), Akteursbeteiligung und Ex-post-Evaluierung bieten in der Tat die Möglichkeit, die Auswirkungen der Regulierung auf die Innovationstätigkeit unter Berücksichtigung verschiedener Meinungen zu prüfen und zugleich das Gemeinwohl zu schützen. Die meisten Länder beurteilen die Auswirkungen neuer Regulierungsmaßnahmen auf Innovationen im Rahmen der Gesetzesfolgenabschätzung – eine neue Entwicklung seit dem *OECD-Ausblick Regulierungspolitik 2015* (OECD, 2015^[14]). Die Nutzung von verhaltensökonomischen Erkenntnissen während des gesamten Politikzyklus verbessert die Evidenzbasis für die Entscheidungsfindung und stellt sicher, dass die Umsetzung der Regelungen bereits in der Anfangsphase der Politikgestaltung berücksichtigt wird.

Einer der großen Vorteile neuer digitaler Technologien besteht darin, dass die öffentlichen Verwaltungen selbst diese Fortschritte nutzen können, um die Rechtsetzung effektiver zu gestalten. Technische Innovationen, insbesondere im Bereich der Informationstechnologie, können genutzt werden, um evidenzbasierte, inklusive und effektive Gesetze und

Rechtsvorschriften zu fördern. Künstliche Intelligenz, die Verwendung von Algorithmen und die zunehmende Nutzung offener Daten und der sozialen Medien sind Beispiele dafür, wie neue Technologien den Regulierungsinstanzen helfen können, zeitnahe Informationen zu sammeln, Datenanalysen durchzuführen, verschiedene Gruppen einzubeziehen und die Kohärenz in der Politik zu verbessern. Die Möglichkeiten von Big Data könnten außerdem genutzt werden, um Rechtsvorschriften auf der Basis von Risikoanalysen zu entwickeln und durchzusetzen.

Einige Staaten nutzen Daten bereits, um Kontrollkapazitäten zu stärken und um besser auf Probleme auf dem Markt zu reagieren, insbesondere im Hinblick auf Politikziele, die bisher nur unzureichend oder nur mit erheblichen Kosten beobachtet werden konnten. Außerdem können digitale Technologien herkömmliche Umsetzungsmethoden ersetzen oder ergänzen und die Politikevaluierung unterstützen. Die staatlichen Stellen besitzen jedoch häufig nicht die Kapazitäten, um diese Technologien für das Monitoring wirtschaftlicher, ökologischer und sozialer Ergebnisse zu nutzen, was sie – zumindest teilweise – zu einem „Blindflug“ zwingt. Datenaustausch und Kooperation zwischen Behörden würden die Kapazitäten zur Lösung komplexer Probleme verbessern, die Überwindung der Silostruktur bleibt jedoch eine offene Frage. Alle Ansätze müssen weiter untersucht werden. Denn neben ihren offensichtlichen Vorteilen werfen sie völlig neue Fragen in Bezug auf Datenschutz, Legitimität und Neutralität auf.

Höhere Anforderungen an die Rechtsetzung durch die zunehmende Verflechtung der Volkswirtschaften

Die Verflechtung der Länder und die Integration der Weltwirtschaft (Handel, Migration, Verkehr, Kommunikation) haben drastisch zugenommen, was teilweise auf die vielen technischen Revolutionen der letzten 30 Jahre zurückzuführen ist (Kasten 1.5). Der schnelle grenzüberschreitende Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Menschen und Finanzprodukten stellt die Effektivität und die Kapazitäten der innerstaatlichen Regulierungsrahmen auf die Probe. Dadurch wird sowohl die Qualität als auch die Durchsetzung neuer Regelungen beeinträchtigt.

Die Einzelstaaten verlieren zunehmend die Aufsicht und Kontrolle über Tätigkeiten, die auf ihrem Staatsgebiet stattfinden oder einen Einfluss darauf haben. Die Digitalisierung, insbesondere die daraus folgende Beseitigung der Grenzen, stellt die Steuerregelwerke vor Herausforderungen. Steuervermeidungsstrategien nutzen Lücken und Unterschiede in den Steuerregeln der einzelnen Staaten sowie die Möglichkeit, Gewinne künstlich in Gebiete mit niedrigen oder gar keinen Steuern zu verlagern⁴. Die komplexen Märkte der globalen Wirtschaft ermöglichen es kriminellen Netzwerken, illegale Handelsaktivitäten auszuweiten, darunter Menschenhandel sowie der Handel mit Wildtieren, Drogen, gefälschten Arzneimitteln, Tabak und Alkohol, was schwerwiegende negative Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft hat. Die Gewinne der internationalen organisierten Kriminalität könnten bis zu 870 Mrd. USD – oder rd. 1,5% des globalen BIP – betragen (OECD, 2016_[31]).

Diese Entwicklungen führen nicht nur zu finanziellen Verlusten, sondern sie können auch die Vorteile der internationalen Ströme und das Vertrauen der Bürger in die Globalisierung untergraben. Der Handel mit gefälschten Produkten schwächt beispielsweise den Wettbewerbsvorteil der Rechteinhaber, behindert Innovation und Beschäftigung, reduziert die Steuereinnahmen und kann die öffentliche Gesundheit und Sicherheit gefährden. Darüber hinaus ermöglicht es die Globalisierung größeren und besser organisierten Akteuren, Lücken im internationalen Regelwerk auszunutzen. Einige multinationale Unternehmen

Kasten 1.5 Zunehmende wirtschaftliche Verflechtung der Länder

- Zwischen 1990 und 2015 verdoppelte sich die globale Handelsintensität, gemessen als Anteil des Gesamtvolumens der Exporte und Importe von Waren und Dienstleistungen am Welt-BIP (OECD, 2017^[33]). Heute überqueren Produkte viele Grenzen, bevor sie schließlich von Verbrauchern in einem bestimmten Land gekauft werden (OECD, 2013^[34]).
- Im Jahr 2015 waren 124 Millionen Menschen in den OECD-Ländern im Ausland geboren (13% der Gesamtbevölkerung), im Vergleich zu 9,5% im Jahr 2000 (OECD, 2017^[35]). Ein Viertel der 15-jährigen Schüler war im Ausland geboren oder hatte mindestens einen im Ausland geborenen Elternteil (OECD, 2018^[36]).
- 2016 hatten rd. 83% der Erwachsenenbevölkerung in den OECD-Ländern Internetzugang. Im gleichen Jahr hatten 95% der Unternehmen im OECD-Raum einen schnellen Internetzugang, und in den OECD-Ländern tätigte mehr als die Hälfte der Personen Einkäufe im Internet (OECD, 2017^[37]). Informationen über Google-Suchanfragen und angesehene YouTube-Videos zeigen den fast universellen Trend, dass Nutzer zunehmend außerhalb ihres eigenen Landes auf Inhalte zugreifen.
- Daten zu den über das Zahlungssystem Paypal abgewickelten Finanzströmen zeigen, dass das Internet täglich ein erhebliches Volumen von grenzüberschreitenden Finanztransfers ermöglicht, nicht nur zwischen entwickelten Ländern, sondern auch mit aufstrebenden Volkswirtschaften (OECD, 2016^[38]).
- 2011 bestand ein Drittel der Exporte der Vereinigten Staaten aus digitalen Dienstleistungen, und die Exporte der EU und der Vereinigten Staaten enthalten in der Regel einen erheblichen Anteil an digitalen Vorleistungen (OECD, 2016^[38]).
- Die Zahl der Flughäfen, die weltweit mindestens eine direkte Verbindung zu einem der 100 wichtigsten internationalen Flughäfen anbieten, ist um fast 20% gestiegen, von 1 795 im Jahr 2005 auf 2 085 im Jahr 2015. In den nächsten 15 Jahren wird der Personenluftverkehr pro Jahr voraussichtlich um 3-6% wachsen (ITF, 2017^[39]).

Quelle: OECD (2017^[33]), OECD-Wirtschaftsausblick, Ausgabe 2017/1, OECD Publishing, Paris, http://dx.doi.org/10.1787/eco_outlook-v2017-1-de; OECD (2013^[34]), *Interconnected Economies: Benefiting from Global Value Chains*, OECD Publishing, Paris, <http://dx.doi.org/10.1787/9789264189560-en>; OECD (2017^[35]); *International Migration Outlook 2017*, OECD Publishing, Paris, http://dx.doi.org/10.1787/migr_outlook-2017-en; OECD (2018^[36]), *The Resilience of Students with an Immigrant Background: Factors that Shape Well-being*, OECD Reviews of Migrant Education, OECD Publishing, Paris, <http://dx.doi.org/10.1787/9789264292093-en>; OECD (2016^[38]), "Economic and Social Benefits of Internet Openness", OECD Digital Economy Papers, No. 257, OECD Publishing, Paris, <http://dx.doi.org/10.1787/5jlwqf2r97g5-en>; ITF (2017^[39]), *ITF Transport Outlook 2017*, OECD Publishing, Paris, <http://dx.doi.org/10.1787/9789282108000-en>.

verlagern beispielsweise ihre Gewinne in andere Steuerhoheitsgebiete, um die Steuern zu mindern oder zu umgehen, und leisten dadurch de facto einen geringeren Beitrag zur nationalen Wohlfahrt.

Eine enge Zusammenarbeit der Regulierungsinstanzen ist deshalb für die Effektivität der Rechtsetzung von entscheidender Bedeutung. Der Austausch von Informationen und Daten zwischen den Regulierungsinstanzen erleichtert die Ermittlung der Sachverhalte, bei denen Regulierungsbedarf besteht. Kooperation ist auch auf vielen neuen Feldern der Rechtsetzung erforderlich, um die Durchsetzung der Gesetze zu erleichtern und Regulierungslücken und -arbitrage zu verhindern. Die Länder müssen sich beispielsweise zunehmend mit der Frage auseinandersetzen, wie die Besteuerungsrechte zugewiesen werden können und wie der in einem bestimmten Hoheitsgebiet zu versteuernde Anteil der Gewinne multinationaler Unternehmen zu bestimmen ist (OECD, 2018^[32]).

Steigendes Misstrauen in traditionelle Institutionen

All dies geschieht zu einer Zeit, in der das Vertrauen in öffentliche Institutionen, Daten und Fachberatung in vielen OECD-Ländern zurückgeht – ein Trend, der in Artikeln wie von Huang (2016^[40]) zusammengefasst wird. Internationale Erhebungen zeigen, dass das Vertrauen in den Staat seit der Finanzkrise von 2008 zurückgegangen ist (Kasten 1.6). Fehlendes Vertrauen bedroht den Erfolg vieler staatlicher Politikmaßnahmen, Programme und Regelungen, die von der Kooperation und Rechtsbefolgung der Bürger abhängen.

Kasten 1.6 Ergebnisse internationaler Erhebungen über das Vertrauensniveau

Der Gallup World Poll (2007-2015) ergab:

- Das Vertrauen in den Staat ist in den OECD-Mitgliedsländern um durchschnittlich 2 Prozentpunkte zurückgegangen (von 45% auf 43%). Der Rückgang ist in bestimmten Ländern wie Slowenien, Portugal, Spanien, Finnland und Mexiko stärker ausgeprägt.
- Die Zufriedenheit mit dem Bildungssystem ist in den OECD-Mitgliedsländern um 6 Prozentpunkte gestiegen (von 62% auf 68%).
- Das Vertrauen in das Rechtssystem ist in den OECD-Mitgliedsländern um 4 Prozentpunkte gestiegen (53% im Jahr 2015 im Vergleich zu 49% im Jahr 2007).
- Das Vertrauen in die Finanzinstitutionen ist in den OECD-Mitgliedsländern um durchschnittlich 9 Prozentpunkte zurückgegangen (auf 46% im Jahr 2015).

Die Erhebung von Eurobarometer (2007-2015) ergab:

- Das Vertrauen in politische Parteien ist in den europäischen OECD-Mitgliedsländern um durchschnittlich 2 Prozentpunkte zurückgegangen (von 21% auf 19%).
- Das Vertrauen in die Presse ist in den europäischen OECD-Mitgliedsländern um durchschnittlich 1 Prozentpunkt zurückgegangen (von 47% auf 46%).
- Das Vertrauen in die Fernsehsender ist in den europäischen OECD-Mitgliedsländern um durchschnittlich 4 Prozentpunkte zurückgegangen (von 60% auf 56%).

Die Europäische Sozialerhebung (2008-2014) ergab:

- Das Vertrauen in die Parlamente ist in den europäischen OECD-Mitgliedsländern um 5 Prozentpunkte zurückgegangen (von 58% auf 53%).

Quelle: OECD (2017^[41]), *Trust and Public Policy: How Better Governance Can Help Rebuild Public Trust*, OECD Public Governance Reviews, OECD Publishing, Paris, <http://dx.doi.org/10.1787/9789264268920-en>.

Steht eine bessere Rechtsetzung wirklich im Zentrum staatlichen Handelns?

Das zunehmend komplexe Umfeld sollte die politischen Entscheidungsträger, Aufsichtsbehörden und Regulierungsinstanzen von der Notwendigkeit einer fundierten und robusten Regulierungspolitik überzeugen. Dadurch würde eine solide Grundlage für weitergehende Initiativen zur Verbesserung des Regulierungssystems gelegt, wie beispielsweise eine verstärkte internationale Zusammenarbeit oder die Berücksichtigung verhaltensökonomischer Erkenntnisse bei der Rechtsetzung. Es ist dringend erforderlich, die den Politikentscheidungen zugrunde liegende Evidenzbasis zu stärken und ihre Glaubwürdigkeit zu sichern. Die Regulierungspolitik muss auf Ergebnisse anstelle von Prozessen ausgerichtet sein und den Fokus auf die Wirksamkeit von Rechtsvorschriften und ihre erwarteten Erfolge anstelle von Bürokratieabbau und Kosteneinsparungen richten.

Die traditionellen Instrumente der Gesetzesfolgenabschätzung und der Ex-post-Evaluierung der Rechtsetzung können einen positiven Wirkungskreis erzeugen, wenn sie

systematischer zur Verbesserung der Rechtsetzung und nicht als rein bürokratische Übung genutzt werden. Die Akteursbeteiligung, die für die Transparenz der Rechtsetzung und die Nachweisführung von entscheidender Bedeutung ist, sollte gestärkt werden, um eine Vereinnahmung der Politik zu verhindern, wertvolle Erkenntnisse von den Normadressaten zu gewinnen und innovative Strategien zu fördern.

Die Schwachstellen in den derzeitigen Herangehensweisen der einzelnen Länder, die im *OECD-Ausblick Regulierungspolitik 2015* (OECD, 2015_[14]) beschrieben wurden, sind 2018 größtenteils noch vorhanden. Insbesondere nutzen die staatlichen Verwaltungen regulierungspolitische Instrumente tendenziell nach wie vor prozessorientiert und nicht strategisch. Außerdem ist der „Rechtsetzungskreislauf“ der Regelungen immer noch unvollständig: Die Länder beherrschen die „Anfangsjahre“ – die Ausarbeitung von Gesetzen und sonstigen Rechtsvorschriften – besser als die folgenden Schritte, die Durchsetzung und Überprüfung der Regelungen. Sie gehen also nach wie vor nicht systematisch vor, um Daten zu erfassen, die Umsetzung zu überwachen und die Ergebnisse zu evaluieren, obwohl bestimmte Gesetze und sonstige Rechtsvorschriften überholt sein können, was den Unternehmen unnötige Kosten verursacht und die Bürger gefährden kann. Ohne diese zweite Hälfte des Rechtsetzungskreislaufs ist es schwierig, die Regelungen, die nicht funktionieren, zu reformieren oder abzuschaffen.

Bei der Einführung regulatorischer Instrumente wurden jedoch auch einige (wenn auch langsame und lückenhafte) Fortschritte erzielt. Die Länder holen bei der Rechtsetzung in zunehmendem Maße das Feedback von Bürgern und Unternehmen ein. Sie stützen sich dabei verstärkt auf evidenzbasierte und inklusive Prozesse, beispielsweise indem sie die betroffenen Akteure frühzeitig konsultieren und ausreichend Zeit für diese Konsultation vorsehen. Die Ergebnisse der Konsultation könnten allerdings bei der Konzeption der Rechtsvorschriften besser berücksichtigt werden. Um sicherzustellen, dass die Bürger und Unternehmen das Gefühl haben, am politischen Entscheidungsprozess beteiligt zu sein, die Regulierungsentscheidungen akzeptieren und letztlich der Regierung vertrauen, ist es erforderlich, die Einbindung der betroffenen Akteure, die Transparenz und die Kommunikation zu verbessern.

Gesetzesfolgenabschätzungen sind eindeutig ein wichtiger Schritt im Rechtsetzungsprozess geworden. Sie haben sich jedoch zu einem überfrachteten und prozessorientierten Instrument entwickelt und beziehen sich nicht immer auf die wirklich relevanten Gesetze und Rechtsvorschriften. Außerdem konzentrieren sich die Beurteilungen tendenziell stärker auf die wichtigsten wirtschaftlichen Auswirkungen der Rechtsvorschriften und ignorieren weitgehend andere bedeutsame Effekte, wie beispielsweise die sozialen Auswirkungen. Überraschenderweise gibt es trotz einiger Fortschritte immer noch keinen systematischen Ansatz, um ex post zu evaluieren, ob die Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften in der Praxis ihre Ziele erreichen. Diese unzureichende Evaluierung gefährdet einen gut funktionierenden regulatorischen Zyklus. Diese Lücken sind möglicherweise auf eine begrenzte Qualitätskontrolle und Aufsicht einzelner Regelungsbereiche – die in den Arbeiten der OECD als das „fehlende Puzzleteil“ bezeichnet werden – zurückzuführen (Arndt et al., 2016_[42]).

Im *OECD-Ausblick Regulierungspolitik 2015* wurde festgestellt, dass Umsetzung und Durchsetzung die schwächsten Glieder der Regulierungspolitik sind, und die Länder wurden dringend aufgefordert, dem Vollzug der Rechtsvorschriften mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Im Jahr 2018 halten die meisten OECD-Länder den Vollzug der Rechtsvorschriften immer noch nicht für einen wesentlichen Bestandteil der Regulierungspolitik. Es gibt nach wie vor keine ressortübergreifende Strategie, um die Strukturen und Prozesse, die den Vollzug von Rechtsvorschriften steuern, zu verbessern und die Lücken in der Kommunikation

zwischen den für die Umsetzung und den für die Ausarbeitung von Regelungen zuständigen Stellen zu schließen.

Im *OECD-Ausblick Regulierungspolitik 2018* wird die Regulierungsaufsicht als entscheidendes Element des Rechtssetzungsrahmens beschrieben, das dazu beitragen kann, die Lücke zwischen formalen Anforderungen und Umsetzung zu schließen. Es gibt klare Anzeichen dafür, dass die OECD-Länder (und weitere) Aufsichtskapazitäten und -funktionen einführen, die der Empfehlung von 2012 entsprechen. Die Zuständigkeiten für die Regulierungsaufsicht sind tendenziell jedoch noch zersplittert. Die Qualitätskontrolle erfolgt erst spät im Rechtssetzungszyklus und konzentriert sich hauptsächlich auf die GFA-Verfahren. Die Länder haben jedoch viele Möglichkeiten, von ihren institutionellen Unterschieden zu lernen und weitere Daten zur Qualität ihrer Aufsichtsfunktionen zu sammeln.

Der institutionelle Rahmen der Regulierungspolitik ist ebenfalls wichtig. Die Regulierungsbehörden und Aufsichtsstellen sind an vorderster Front für den Vollzug der Rechtsvorschriften zuständig und können das Vertrauen in die öffentlichen Verwaltungen stärken. Es gibt jedoch weiterhin nur wenig Berührungspunkte zwischen ihrer Arbeit und der nationalen Rechtssetzungsagenda. Die Zahl der Länder, die eine klare Strategie und ein Regelwerk zur Verbesserung der Governance und Leistung der Regulierungsbehörden besitzen, ist nach wie vor begrenzt. Bei den Prüf- und Durchsetzungsbehörden ist die Situation noch schlimmer. Effektive ressortübergreifende Strategien erfordern eine transparente und verlässliche Rechenschaftslegung sowie die Fähigkeit, Daten zu nutzen, um über Ergebnisse zu berichten. Da die für die Durchsetzung von Rechtsvorschriften zuständigen Behörden mit Märkten konfrontiert sind, die immer komplexer und unsicherer werden, müssen sie flexibel bleiben und sich darauf konzentrieren, die Einhaltung der Vorschriften zu fördern, anstatt Zuwiderhandlungen aufzudecken und zu bestrafen.

Derzeit werden in zunehmendem Umfang verhaltensökonomische Erkenntnisse genutzt, um die Politikgestaltung und -umsetzung zu verbessern. Forschungsarbeiten der OECD zeigen, dass die staatlichen Stellen weltweit verstärkt auf solche Erkenntnisse zurückgreifen, um die Konzeption und den Vollzug von Rechtsvorschriften zu verbessern, wobei mehr als 190 öffentliche Stellen den Einsatz von verhaltensökonomischen Erkenntnissen institutionalisieren. Es handelt sich dabei um einen experimentellen Ansatz, der darauf abzielt, das tatsächliche Verhalten der Normadressaten zu verstehen und mögliche Lösungen zu testen, bevor sie umgesetzt werden. Die Evidenz zeigt, dass dieser neue Ansatz die Länder in die Lage versetzt, zu lernen, Anpassungen vorzunehmen und innovative Strategien umzusetzen.

Es gibt auch Spielraum, verhaltensökonomische Erkenntnisse in den Rechtssetzungskreislauf einzubinden, um Daten in den vorgelagerten (Gesetzesfolgenabschätzung) und nachgelagerten Phasen des politischen Gestaltungsprozesses zu nutzen. Ein neuer Ansatz könnte darin bestehen, Erkenntnisse über individuelles Verhalten auf öffentliche und private Organisationen anzuwenden. Verhaltensökonomische Erkenntnisse könnten beispielsweise genutzt werden, um eine Kultur der Rechtsbefolgung zu schaffen, die dazu beiträgt, Politikmaßnahmen effektiver umzusetzen und den Bedarf an kostspieligen und manchmal ineffektiven Durchsetzungsmechanismen zu verringern. Dies kann besonders hilfreich sein, wenn der Erfolg einer Politikmaßnahme oder Regelung von einer nachhaltigen Veränderung verfestigter Verhaltensweisen und Einstellungen abhängt (z.B. gesunde und nachhaltige Ernährung, Energieverbrauch usw.).

Die „Internationalisierung“ der Regulierung hat zwar mit der Globalisierung nicht Schritt gehalten, die Bedeutung der internationalen regulatorischen Zusammenarbeit wird jedoch länderübergreifend zunehmend anerkannt. Laut *OECD-Ausblick Regulierungspolitik 2018* gibt

es Anzeichen für eine Zunahme der internationalen regulatorischen Zusammenarbeit, aber nur wenige Länder haben eine ressortübergreifende Strategie, und die Zuständigkeiten sind stark zersplittert. Zu den Ausnahmen gehören Kanada, wo die internationale regulatorische Zusammenarbeit durch die neue Kabinettsrichtlinie zur Rechtsetzung gestärkt wurde; Neuseeland, wo ein Instrumentarium für die Umsetzung dieser Zusammenarbeit entwickelt wurde, sowie die Europäische Union, die sich auf eine enge regulatorische Zusammenarbeit ihrer Mitglieder stützt. Ein Überblick über die Praktiken der OECD-Länder zeigt, dass die internationale regulatorische Zusammenarbeit in der Rechtsetzung bisher nicht systematisch und auch nur recht oberflächlich berücksichtigt wird. Mexiko hat große Fortschritte darin gemacht, die Handelsauswirkungen in die Gesetzesfolgenabschätzungen einzubinden und die Akteursbeteiligung eng mit der Notifizierung von handelspolitischen Maßnahmen zu verknüpfen. Das ist jedoch eine Ausnahme. Die internationalen Instrumente könnten systematischer in der innerstaatlichen Rechtsetzung berücksichtigt werden, um regulatorische Kohärenz in Einklang mit den internationalen Verpflichtungen entsprechend den WTO-Abkommen von 1994 über technische Handelshemmnisse und sanitäre und phytosanitäre Maßnahmen zu gewährleisten.

Der *OECD-Ausblick Regulierungspolitik 2018* beschreibt die wichtigsten Herausforderungen, vor denen die Regulierungsbehörden und ihre Aufsichtsinstanzen heute stehen. Er benennt Bereiche, in denen die Länder die Qualität der Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften verbessern können. Er betont die Bedeutung der Rechtsetzung als Instrument staatlicher Politik und vermittelt einen Überblick über die Anstrengungen der Länder zur Verbesserung der Regulierungsqualität. Der *Ausblick* ist jedoch nicht umfassend: Er stützt sich stark auf Daten des Regulatory Indicators Survey von 2014 und 2017 und ergänzende Erhebungsfragen zu den Bereichen Regulierungsaufsicht und internationale regulatorische Zusammenarbeit. In den Empfehlungen von 2012 werden zwölf Bereiche benannt, in denen Anstrengungen erforderlich sind, um die Qualität der Rechtsetzung entscheidend zu verbessern. Eine umfassende Agenda zur Verbesserung der Rechtsetzung geht über ein systematisches Regulierungsmanagement, das im Zentrum dieses Berichts steht, hinaus. Es sind weitere Analysen, Datenerhebungen und Untersuchungen über empfehlenswerte Praktiken erforderlich, um einen umfassenden Überblick über die Anstrengungen, Erfolge und Lücken der Regulierungsreformen zu liefern. Künftige Ausgaben des *Ausblicks* zielen darauf ab, die Wissenslücken auf der Basis einer ehrgeizigen evidenzbasierten Analyse schrittweise zu schließen.

Anmerkungen

1. Der Nationale Normenkontrollrat (NKR) schätzt den durch Rechtsbefolgung verursachten jährlichen Erfüllungsaufwand für den Zeitraum 2013-2017 auf 6,7 Mrd. EUR, wovon 6,3 Mrd. EUR auf die Einführung des Mindestlohns entfielen (Jahresbericht 2017 des Nationalen Normenkontrollrats, http://www.normenkontrollrat.bund.de/webs/nkr/en/publications/_node.html). Der kanadische Unternehmerverband Canadian Federation of Independent Business schätzt den jährlichen Erfüllungsaufwand der US-amerikanischen Unternehmen auf rd. 205 Mrd. CAN, während die weitaus geringere Zahl kanadischer Unternehmen 37 Mrd. CAN aufwenden. (Marvin Cruz et al. 2015, *Canada's Red Tape Report 2015 and Toronto*, Canadian Federation of Independent Business).
2. Statistisches Bundesamt (2017), www.amtlich-einfach.de. Es gibt auch ein Beispiel mit einer Pilotdatenbank: OECD (2016_[9]).
3. www.edelman.com/trust-barometer.
4. Vgl. die „BEPS“-Website der OECD und die Arbeiten zu den steuerlichen Herausforderungen der Digitalisierung (*Tax Challenges Arising from Digitalisation*): www.oecd.org/ctp/beps.

Literaturverzeichnis

- Arndt, C. et al. (2016), "Building Regulatory Policy Systems in OECD Countries", *OECD Regulatory Policy Working Papers*, No. 5, OECD Publishing, Paris, <http://dx.doi.org/10.1787/dbb1a18f-en>. [42]
- Bouis, R. und R. Murtin (2011), "The Policy and Institutional Drivers of Economic Growth Across OECD and Non-OECD Economies: New Evidence from Growth Regressions", *OECD Economics Department Working Papers*, No. 843, OECD Publishing, Paris, <http://dx.doi.org/10.1787/5kghwnhxwkhj-en>. [25]
- Browne, C. et al. (2016), "The Executive Opinion Survey: The Voice of the Business Community", *The Global Competitiveness Report 2016-2017*, Appendix C, S. 333-339, <http://reports.weforum.org/global-competitiveness-index-2017-2018/appendix-c-the-executive-opinion-survey-the-voice-of-the-business-community/>. [7]
- Bundesregierung (2015), *Bessere Rechtsetzung 2014: Amtlich – einfach – spürbar, Jahresbericht 2014*, www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/Buerokratieabbau/Anlagen/2015-04-23-jahresbericht-2014.pdf?__blob=publicationFile&v=4. [3]
- Bundesregierung (2012), *Grundstein für besseres Recht: Fünf Jahre Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung, Jahresbericht 2011*, www.bundesregierung.de/Content/Infomaterial/BPA/BeauftrBuerokratieabbau/Jahresbericht_2011_grundstein_fuer_besseres_recht.pdf?__blob=publicationFile&v=3. [4]
- Coglianesi, C. und T. Rubin (2018), "Learning What Works in Regulation", *The Regulatory Review*, www.theregview.org/2018/03/07/coglianesi-rubin-learning-what-works-regulation/ (Abruf: 16. Mai 2018). [13]
- Djankov, S., C. McLiesh und R. Ramalho (2006), "Regulation and Growth", *SSRN Electronic Journal*, <http://dx.doi.org/10.2139/ssrn.893321>. [27]
- Europäische Kommission (2017), *REFIT Scoreboard*, <http://publications.europa.eu/webpub/com/refit-scoreboard/en/index.html> (Abruf: 16. Mai 2018). [21]
- Government of the Netherlands (2017), "Better Regulation: Towards a Responsible Reduction in the Regulatory Burden 2012-2017", Ministry of Economic Affairs, www.government.nl/topics/reducing-the-regulatory-burden/documents/reports/2017/08/22/better-regulation-towards-a-responsible-reduction-in-the-regulatory-burden-2012-2017 (Abruf: 16. Mai 2018). [19]
- GOV.UK (2016), "Business regulation: perception survey 2016", www.gov.uk/government/publications/business-regulation-perception-survey-2016. [6]
- GOV.UK (2014), "Hancock: red tape drive saves business a record £10 billion", *Pressemitteilung*, www.gov.uk/government/news/hancock-red-tape-drive-saves-business-a-record-10-billion. [5]
- Hall, R. und C. Jones (1999), "Why Do Some Countries Produce So Much More Output per Worker Than Others?", *The Quarterly Journal of Economics*, Vol. 114/1, S. 83-116, www.jstor.org/stable/2586948. [29]
- Huang, S. (2016), "A Departure from Truth", *Harvard Political Review*, <http://harvardpolitics.com/world/anti-intellectualism/>. [40]
- ITF (2017), *ITF Transport Outlook 2017*, OECD Publishing, Paris, <http://dx.doi.org/10.1787/9789282108000-en>. [39]
- Jacobzone, S. et al. (2010), "Assessing the Impact of Regulatory Management Systems: Preliminary Statistical and Econometric Estimates", *OECD Working Papers on Public Governance*, No. 17, OECD Publishing, Paris, <http://dx.doi.org/10.1787/5kmfq1pch36h-en>. [26]
- Kaufmann, D. et al. (2005), "Governance Matters IV: Governance Indicators for 1996-2004", *Policy Research Working Paper*, No. 3630, Weltbank, Washington DC <http://documents.worldbank.org/curated/en/602061468313750126/Governance-matters-IV-governance-indicators-for-1996-2004>. [28]
- Le Portail de la modernisation de l'action public (2016), *Baromètre 2016 de la qualité de l'accueil dans les services de l'État : la progression se confirme*, www.modernisation.gouv.fr/la-qualite-des-services-publics-samelioere/en-fixant-des-referentiels/barometre-2016-de-la-qualite-de-laccueil-dans-les-services-de-letat-la-progression-se-confirme (Abruf: 16. Mai 2018). [10]
- Lind, E. und C. Arndt (2016), "Perceived Fairness and Regulatory Policy: A Behavioural Science Perspective on Government-Citizen Interactions", *OECD Regulatory Policy Working Papers*, No. 6, OECD Publishing, Paris, <http://dx.doi.org/10.1787/1629d397-en>. [16]
- Mazerolle, L. et al. (2012), "Procedural justice, routine encounters and citizen perceptions of police: main findings from the Queensland Community Engagement Trial (QCET)", *Journal of Experimental Criminology*, Vol. 8/4, S. 343-367, <http://dx.doi.org/10.1007/s11292-012-9160-1>. [17]

- Moody's Investors Service (2013), *Moody's publishes revised methodology for Regulated Electric and Gas Utilities*, www.moody.com/research/Moodys-publishes-revised-methodology-for-Regulated-Electric-and-Gas-Utilities--PR_289882 (Abruf: 16. Mai 2018). [22]
- OECD (erscheint demnächst), *One-in X-Out: A Discussion Note*, OECD Publishing, Paris. [2]
- OECD (2018), *Tax Challenges Arising from Digitalisation – Interim Report 2018: Inclusive Framework on BEPS*, OECD/G20 Base Erosion and Profit Shifting Project, OECD Publishing, Paris, <http://dx.doi.org/10.1787/9789264293083-en>. [32]
- OECD (2018), *The Resilience of Students with an Immigrant Background: Factors that Shape Well-being*, OECD Reviews of Migrant Education, OECD Publishing, Paris, <http://dx.doi.org/10.1787/9789264292093-en>. [36]
- OECD (2017), *International Migration Outlook 2017*, OECD Publishing, Paris, http://dx.doi.org/10.1787/migr_outlook-2017-en. [35]
- OECD (2017), *OECD Digital Economy Outlook 2017*, OECD Publishing, Paris, <http://dx.doi.org/10.1787/9789264276284-en>. [37]
- OECD (2017), *OECD-Wirtschaftsausblick, Ausgabe 2017/1*, OECD Publishing, Paris, http://dx.doi.org/10.1787/eco_outlook-v2017-1-de. [33]
- OECD (2017), *Trust and Public Policy: How Better Governance Can Help Rebuild Public Trust*, OECD Public Governance Reviews, OECD Publishing, Paris, <http://dx.doi.org/10.1787/9789264268920-en>. [41]
- OECD (2016), "Economic and Social Benefits of Internet Openness", *OECD Digital Economy Papers*, No. 257, OECD Publishing, Paris, <http://dx.doi.org/10.1787/5jlwqf2r97g5-en>. [38]
- OECD (2016), *Illicit Trade: Converging Criminal Networks*, OECD Reviews of Risk Management Policies, OECD Publishing, Paris, <http://dx.doi.org/10.1787/9789264251847-en>. [31]
- OECD (2016), *Perception surveys on the quality of law and the administration (Germany)*, www.oecd.org/gov/regulatory-policy/deu-life-events-survey.pdf (Abruf: 16. Mai 2018). [9]
- OECD (2016), *OECD-Ausblick Regulierungspolitik 2015, Auszugsweise Übersetzung*, OECD Publishing, Paris, <http://dx.doi.org/10.1787/9789264252325-de>. [14]
- OECD (2014), *OECD Framework for Regulatory Policy Evaluation*, OECD Publishing, Paris, <http://dx.doi.org/10.1787/9789264214453-en>. [23]
- OECD (2014), *OECD Regulatory Compliance Cost Assessment Guidance*, OECD Publishing, Paris, <http://dx.doi.org/10.1787/9789264209657-en>. [1]
- OECD (2013), *Interconnected Economies: Benefiting from Global Value Chains*, OECD Publishing, Paris, <http://dx.doi.org/10.1787/9789264189560-en>. [34]
- OECD (2012), *Empfehlung des Rates zu Regulierungspolitik und Governance*, OECD Publishing, Paris, <https://doi.org/10.1787/9789264209053-de>. [8]
- OECD (2011), *Regulatory Policy and Governance: Supporting Economic Growth and Serving the Public Interest*, OECD Publishing, Paris, <http://dx.doi.org/10.1787/9789264116573-en>. [30]
- OECD (1995), *Recommendation of the Council on Improving the Quality of Government Regulation*, OECD, Paris, <https://legalinstruments.oecd.org/en/instruments/128> (Abruf: 16. Mai 2018). [15]
- Parker, D. und C. Kirkpatrick (2012), "Measuring Regulatory Performance: The Economic Impact Of Regulatory Policy: A Literature Review of Quantitative Evidence", *Expert Paper*, No. 3, OECD, Paris, http://www.oecd.org/gov/regulatory-policy/3_Kirkpatrick%20Parker%20web.pdf. [24]
- Shelanski, H. (2016), *Making All Levels of Government More Efficient and Effective Through Retrospective Review*, <https://obamawhitehouse.archives.gov/blog/2016/03/04/making-all-levels-government-more-efficient-and-effective-through-retrospective>. [20]
- Smith, S. (2017), "Public remains divided over role of government in financial regulation", *Fact Tank*, Pew Research Center, 2. März, www.pewresearch.org/fact-tank/2017/03/02/public-remains-divided-over-role-of-government-in-financial-regulation/. [11]
- Sparrow, M. (2000), *The regulatory craft : controlling risks, solving problems, and managing compliance*, Brookings Institution Press, Washington, DC. [12]
- Van den Bos, K., L. Van der Velden und E. Lind (2014), "On the Role of Perceived Procedural Justice in Citizens' Reactions to Government Decisions and the Handling of Conflicts", *Utrecht Law Review*, Vol. 10/4, S. 1-26, <http://dx.doi.org/10.18352/ulr.287>. [18]



From:
OECD Regulatory Policy Outlook 2018

Access the complete publication at:
<https://doi.org/10.1787/9789264303072-en>

Please cite this chapter as:

OECD (2018), "Überblick: Warum die Qualität der innerstaatlichen Rechtsetzung wichtig ist", in *OECD Regulatory Policy Outlook 2018*, OECD Publishing, Paris.

DOI: <https://doi.org/10.1787/9789264307988-5-de>

Das vorliegende Dokument wird unter der Verantwortung des Generalsekretärs der OECD veröffentlicht. Die darin zum Ausdruck gebrachten Meinungen und Argumente spiegeln nicht zwangsläufig die offizielle Einstellung der OECD-Mitgliedstaaten wider.

This document and any map included herein are without prejudice to the status of or sovereignty over any territory, to the delimitation of international frontiers and boundaries and to the name of any territory, city or area.

You can copy, download or print OECD content for your own use, and you can include excerpts from OECD publications, databases and multimedia products in your own documents, presentations, blogs, websites and teaching materials, provided that suitable acknowledgment of OECD as source and copyright owner is given. All requests for public or commercial use and translation rights should be submitted to rights@oecd.org. Requests for permission to photocopy portions of this material for public or commercial use shall be addressed directly to the Copyright Clearance Center (CCC) at info@copyright.com or the Centre français d'exploitation du droit de copie (CFC) at contact@cfcopies.com.